Totalrevision GO Primarschulgemeinde Birmensdorf

Synopse Gegenüberstellung NEU-ALT (Version 10. Mai 2017)

Totalrevision Gemeindeordnung der Primarschulgemeinde Birmensdorf per 2018

Vorschlag Neue Gemeindeordnung ab 1.1.2018	Aktuelle Gemeindeordnung (27. September 2009)	Bemerkungen
I. Allgemeine Bestimmungen	I. Allgemeine Bestimmungen	
Art. 1 Gemeindeordnung	Art. 2 Gemeindeordnung	
Die Gemeindeordnung regelt den Bestand und die Grundzüge der Organisation der Primarschulgemeinde Birmensdorf sowie die Zuständigkeiten ihrer Organe.	Die Gemeindeordnung regelt den Bestand wie auch die grundsätzliche Organisation der Primarschulgemeinde und bestimmt die Befugnisse ihrer Organe.	
Art. 2 Gemeindegebiet	Art. 1 Gemeindeart	
Die Primarschulgemeinde Birmensdorf umfasst das Gebiet der politischen Gemeinde Birmensdorf.	¹ Das Gebiet der politischen Gemeinde Birmensdorf bildet die Primarschulgemeinde Birmensdorf.	
Art. 3 Festlegung der Bezeichnung für den Gemeindevorstand		Das Volksschulgesetz bezeichnet die für die Volksschulaufgaben zuständige Behörde ein-
In der Primarschulgemeinde Birmensdorf wird der Gemeindevorstand als Primarschulpflege bezeichnet.		heitlich als Schulpflege. Mit dem kantonalen Recht ist es nicht vereinbar, für die Exekutive einen anderen Begriff zu verwenden.

Vorschlag Neue Gemeindeordnung ab 1.1.2018	Aktuelle Gemeindeordnung (27. September 2009)	Bemerkungen
Art. 4 Gemeindeaufgaben Die Primarschulgemeinde führt die Kindergarten- und die Primarstufe der öffentlichen Volksschule	² Sie führt die Kindergarten- und die Primarstufe der öffentlichen Volksschule und nimmt weitere Aufgaben im Bereich Schule und Bildung wahr.	
und nimmt weitere Aufgaben und Befugnisse im Bereich Schule und Bildung wahr.		
II. Die Stimmberechtigten	II. Die Stimmberechtigten	
1. Politische Rechte	Politische Rechte auf Ebene der Primar- schulgemeinde	
Art. 5 Stimm- und Wahlrecht, Wählbarkeit	Art. 3 Politische Rechte	
¹ Die Wählbarkeit sowie das Recht, an Wahlen und Abstimmungen der Primarschulgemeinde teilzunehmen und Wahlvorschläge einzureichen, richten sich nach der Kantonsverfassung, dem Gesetz über die politischen Rechte und dem Ge- meindegesetz.	¹ Die Wählbarkeit sowie das Recht, an Wahlen und Abstimmungen der Gemeinde teilzunehmen und Wahlvorschläge einzureichen, richten sich nach der Kantonsverfassung, dem Gemeindegesetz und dem Gesetz über die politischen Rechte.	
² Für die Wahl in die Primarschulpflege ist der	² Für die Wahl in die Primarschulpflege ist der politische Wohnsitz in der Gemeinde erforderlich.	
politische Wohnsitz in der Primarschulgemeinde erforderlich.	³ Das Initiativ- und Anfragerecht richtet sich nach dem Gemeindegesetz.	
Das Initiativrecht richtet sich nach dem Gesetz über die politischen Rechte, das Anfragerecht nach dem Gemeindegesetz.	⁴ Die Stimmberechtigten üben ihre Rechte an der Primarschulgemeindeversammlung und an der Urne aus.	

2. Urnenwahlen und -abstimmungen	2. Urnenwahlen und Abstimmungen
Art. 6 Verfahren	Art. 4 Verfahren
¹ Die Primarschulpflege ist wahlleitende Behörde. Sie kann die Aufgaben der Wahlleitung ganz oder teilweise der politischen Gemeinde übertragen.	¹ Die Primarschulpflege ist wahlleitende Behörde. Sie kann die Aufgaben der Wahlleitung ganz oder teilweise der politischen Gemeinde übertragen.
Das Verfahren richtet sich nach dem Gesetz über die politischen Rechte.	² Das Verfahren richtet sich nach dem Gemeindegesetz und dem Gesetz über die politischen Rech-
³ Die Durchführung der Urnenwahlen und - abstimmungen ist Sache des Wahlbüros der politi- schen Gemeinde.	te. ³ Die Durchführung der Urnenwahlen und - abstimmungen ist Sache des Wahlbüros der politi- schen Gemeinde.
Art. 7 Urnenwahl	Art. 5 Urnenwahl
An der Urne werden die Schulpräsidentin bzw. der Schulpräsident und die Mitglieder der Primar-	An der Urne werden auf die gesetzliche Amtsdauer gewählt:
schulpflege auf die gesetzliche Amtsdauer gewählt.	Die Mitglieder der Primarschulpflege
	Der Präsident der Primarschulpflege
Art. 8 Erneuerungswahlen	Art. 6 Erneuerungswahlen
Für die Erneuerungswahlen der an der Urne gemäss Art. 7 GO zu wählenden Primarschulpflege gelten die Bestimmungen des Gesetzes über die politischen Rechte über die Wahl mit gedruckten Wahlvorschlägen.	¹ Für die Erneuerungswahlen der an der Urne gemäss Art. 5 GO zu wählenden Gemeindeorgane gelten die Bestimmungen des Gesetzes über die politischen Rechte über die Wahl mit gedruckten Wahlvorschlägen.
	² Sind die Voraussetzungen für die Wahl mit gedruckten Wahlvorschlägen nicht erfüllt, werden leere Wahlzettel verwendet.

Art. 9 Ersatzwahlen

Für die Ersatzwahlen der an der Urne gemäss Art. 7 GO zu wählenden Primarschulpflege gelten die Bestimmungen des Gesetzes über die politischen Rechte über die stille Wahl. Sind die Voraussetzungen für die stille Wahl nicht erfüllt, werden leere Wahlzettel verwendet. Den Wahlunterlagen wird in diesem Fall ein Beiblatt beigelegt, auf dem die zur Wahl vorgeschlagenen Personen aufgeführt sind.

Art. 7 Ersatzwahlen

¹ Für die Ersatzwahlen der an der Urne gemäss Art. 5 GO zu wählenden Gemeindeorgane gelten die Bestimmungen des Gesetzes über die politischen Rechte über die stille Wahl.

² Sind die Voraussetzungen für die stille Wahl nicht erfüllt, werden leere Wahlzettel verwendet.

Art. 10 Obligatorische Urnenabstimmung

Der Urnenabstimmung sind zu unterbreiten:

- 1. der Erlass und die Änderung der Gemeindeordnung,
- die Bewilligung von neuen einmaligen Ausgaben von mehr als Fr. 1'000'000.- für einen bestimmten Zweck und von neuen wiederkehrenden Ausgaben von mehr als Fr. 500'000.- für einen bestimmten Zweck,
- 3. der Abschluss und die Änderung von Verträgen über die Zusammenarbeit in Form eines Zweckverbands.
- der Abschluss und die Änderung von Anschluss- und Zusammenarbeitsverträgen, wenn die Primarschulgemeinde hoheitliche Befugnisse abgibt oder die damit zusammenhängenden neuen Ausgaben an der Urne zu beschliessen sind.
- 5. Verträge über den Zusammenschluss mit anderen Gemeinden,
- 6. Verträge über Gebietsänderungen von erheb-

Art. 8 Obligatorische Urnenabstimmung

Der Urnenabstimmung sind zwingend zu unterbreiten:

- 1. Erlass und Änderung der Gemeindeordnung;
- Kreditbegehren für neue Ausgaben und Zusatzkredite oder entsprechende Ausfälle in den Einnahmen von mehr als Fr. 1'000'000 bei einmaligen Ausgaben, und mehr als Fr. 200'000 bei jährlich wiederkehrenden Ausgaben.

Totalrevision Gemeindeordnung, Synopse Gegenüberstellung GO neu - alt Version 10. Mai 2017

Vorschlag Neue Gemeindeordnung ab 1.1.2018	Aktuelle Gemeindeordnung (27. September 2009)	Bemerkungen
lishan Dadashura ad heisahasan dana salaha		
licher Bedeutung, d.h. insbesondere solche, die eine Fläche oder Bevölkerungszahl be- treffen, die für die Entwicklung der Primar- schulgemeinde wesentlich sind,		
7. die Auflösung der Primarschulgemeinde,		
Initiativen mit Begehren, die der Urnenab- stimmung unterstehen.		
Art. 11 Fakultatives Referendum	Art. 9 Nachträgliche Urnenabstimmung	
¹ In der Gemeindeversammlung kann ein Drittel der anwesenden Stimmberechtigten verlangen, dass über einen Beschluss nachträglich an der Urne abgestimmt wird.	¹ In der Gemeindeversammlung kann ein Drittel der anwesenden Stimmberechtigten verlangen, dass über einen Beschluss nachträglich an der Urne abgestimmt wird.	
² Ausgenommen sind Geschäfte, die gemäss § 10 Abs. 2 GG von der Urnenabstimmung ausgeschlossen sind, insbesondere die Festsetzung des Budgets und Steuerfusses, die Genehmigung der Rechnungen, Wahlen in der Gemeindeversammlung sowie Verfahrensentscheide bei der Behandlung von Initiativen.	² Ausgenommen sind Geschäfte, die durch das übergeordnete Recht von der Urnenabstimmung ausgeschlossen sind.	

Vorschlag Neue Gemeindeordnung ab 1.1.2018	Aktuelle Gemeindeordnung (27. September 2009)	Bemerkungen
---	---	-------------

3. Gemeindeversammlung	3. Primarschulgemeindeversammlung
Art. 12 Einberufung und Verfahren	Art. 10 Einberufung und Verfahren
Für die Einberufung, den Beleuchtenden Bericht und die Geschäftsbehandlung gelten die Vorschriften des Gemeindegesetzes.	Für die Einberufung, die Aktenauflage und die Geschäftsbehandlung gelten die Vorschriften des Gemeindegesetzes.
Art. 13 Wahlbefugnis	
Die Gemeindeversammlung wählt die Stimmenzählenden in der Gemeindeversammlung offen.	
Art. 14 Rechtsetzungsbefugnisse	Art. 11 Rechtsetzungsbefugnisse
Die Gemeindeversammlung ist zuständig für den Erlass und die Änderung von wichtigen Rechtss-	Die Primarschulgemeindeversammlung ist zu- ständig für den Erlass und die Änderung
ätzen. Dazu gehören insbesondere die grundle- genden Bestimmungen über:	der Entschädigungsverordnung der Primar- schulpflege;
 das Arbeitsverhältnis der Gemeindeangestellten, 	der Personalverordnung;
die Entschädigung von Behördenmitgliedern,	3. die Grundsätze der Gebührenerhebung;
 die Grundzüge der Gebührenerhebung, d.h. insbesondere über die Art und den Gegen- stand der Gebühr, die Grundsätze der Be- messung und den Kreis der abgabepflichtigen Personen. 	von weiteren Verordnungen und Reglementen von grundlegender Bedeutung.

Art. 15 Allgemeine Verwaltungsbefugnisse

Die Gemeindeversammlung ist zuständig für:

- die politische Kontrolle über Behörden, Verwaltung und die weiteren Träger öffentlicher Aufgaben,
- die Behandlung von Anfragen und die Abstimmung über Initiativen über Gegenstände, die nicht der Urnenabstimmung (10 GO) unterliegen,
- den Abschluss und die Änderung von Anschluss- und Zusammenarbeitsverträgen gemäss ihrer Befugnis zur Bewilligung neuer Ausgaben, sofern die Primarschulgemeinde keine hoheitlichen Befugnisse abgibt,
- 4. die Schaffung neuer Stellen, soweit nicht ein anderes Organ oder der Kanton zuständig ist,
- Verträge zu Gebietsänderungen, die bebautes Gebiet betreffen und nicht von erheblicher Bedeutung sind, d.h. insbesondere solche, die nicht eine Fläche oder eine Bevölkerungszahl betreffen, die für die Entwicklung der Primarschulgemeinde wesentlich sind.

Art. 12 Allgemeine Verwaltungsbefugnisse

Die Primarschulgemeindeversammlung ist zuständig für

- 1. die Oberaufsicht über die gesamte Verwaltung der Primarschulgemeinde;
- die Behandlung von Anfragen und Initiativen, letztere unter Vorbehalt der Abstimmung an der Urne gemäss Art. 8 GO;
- die Genehmigung von Anschluss- und Zusammenarbeitsverträgen mit anderen Gemeinden über die gemeinsame Durchführung von Aufgaben und deren Änderungen, sofern damit die Übertragung von hoheitlichen Befugnissen verbunden ist;
 - in den übrigen Fällen ist die Gemeindeversammlung zuständig, wenn die Verträge einmalige Ausgaben von mehr als Fr. 100'000 oder neue jährlich wiederkehrende Ausgaben von mehr als Fr. 50'000 zur Folge haben;
- die Beschlussfassung über den Beitritt zu Zweckverbänden, die Zustimmung zu den Zweckverbandsstatuten und deren Änderungen;
- die Übernahme neuer Aufgaben, sofern damit Ausgaben verbunden sind, welche die Finanzkompetenz der Primarschulpflege übersteigen, sowie die Bestimmung der zuständigen Organe;
- die Schaffung von Stellen für Lehrpersonen sowie der übrigen Stellen im Schulbereich ab einer von der Gemeindeversammlung in der Personalverordnung zu bestimmenden Besol-

Seite 7 von 23

Vorschlag Neue Gemeindeordnung ab 1.1.2018	Aktuelle Gemeindeordnung (27. September 2009)	Bemerkungen
	dungsklasse, soweit nicht der Kanton zuständig ist;	
	7. die Behandlung von Geschäften, die an sich in die Zuständigkeit der Primarschulpflege fallen, von dieser aber aus besonderen Gründen der Primarschulgemeindeversammlung vorgelegt werden;	
	die Vorberatung aller der Urnenabstimmung unterstehenden Geschäfte.	

Art. 16 Finanzbefugnisse

Die Gemeindeversammlung ist zuständig für:

- die Festsetzung des Budgets,
- 2. die Festsetzung des Gemeindesteuerfusses,
- die Kenntnisnahme des Finanz- und Aufgabenplans,
- die Bewilligung von neuen einmaligen Ausgaben bis Fr. 1'000'000.- für einen bestimmten Zweck und von neuen wiederkehrenden Ausgaben bis Fr. 500'000.- für einen bestimmten Zweck, soweit nicht die Primarschulpflege zuständig ist,
- 5. die Genehmigung der Jahresrechnungen,
- die Genehmigung von Abrechnungen über neue Ausgaben, die von den Stimmberechtigten an der Urne oder an der Gemeindeversammlung beschlossen worden sind,
- 7. die Vorfinanzierung von Investitionsvorhaben,
- die Veräusserung von Grundstücken und Liegenschaften des Finanzvermögens im Wert von mehr als Fr. 600'000.-,
- die Investition in Liegenschaften des Finanzvermögens im Betrag von mehr als Fr. 600'000.-,
- den Erwerb von Grundstücken und Liegenschaften des Finanzvermögens im Wert von mehr als Fr. 1'000'000.-

Art. 13 Finanzbefugnisse

Die Primarschulgemeindeversammlung ist zuständig für

- 1. die Festsetzung des jährlichen Voranschlags;
- die Festsetzung des Steuerfusses der Primarschulgemeinde;
- die Beschlüsse über neue einmalige Ausgaben und Zusatzkredite für die Erhöhung von einmaligen Ausgaben bis Fr. 1'000'000 und über neue jährlich wiederkehrende Ausgaben und Zusatzkredite für die Erhöhung von jährlich wiederkehrenden Ausgaben bis Fr. 200'000, soweit nicht die Primarschulpflege zuständig ist;
- 4. die Abnahme der Jahresrechnung des Primarschulgutes;
- die Genehmigung von Bauabrechnungen, soweit dafür Kredite durch die Stimmberechtigten an der Urne oder an der Primarschulgemeindeversammlung beschlossen worden sind;
- Verfügungen über Grundeigentum und beschränkte dingliche Rechte an Grundstücken im Bereich des Finanzvermögens im Wert von mehr als Fr. 200'000 im Einzelfall;
- die finanziellen Beteiligungen an nicht börsenkotierten Unternehmen und die Gewährung von Darlehen, die der Erfüllung öffentlicher Aufgaben dienen, im Betrag von mehr als Fr. 20'000 im Einzelfall;
- 8. die Vorfinanzierung von Investitionen.

Gemäss §111 GG muss die Zuständigkeit zur Veräusserung und Investitionen in das Finanzvermögen zwingend in der Gemeindeordnung festgelegt werden.

Vorschlag Neue Gemeindeordnung ab 1.1.2018	Aktuelle Gemeindeordnung (27. September 2009)	Bemerkungen
---	---	-------------

III. Primarschulpflege	III. Primarschulpflege	
Art. 17 Geschäftsführung Die Geschäftsführung der Gemeindebehörden richtet sich nach dem Gemeindegesetz und den entsprechenden Behördenerlassen.	Art. 15 Geschäftsführung Die Geschäftsführung der Primarschulpflege richtet sich nach dem Gemeindegesetz sowie nach der von ihr erlassenen Geschäftsordnung.	
Art. 18 Offenlegung der Interessenbindungen Die Primarschulpflege legt ihre Interessenbindungen offen. Der Organisationserlass regelt die Einzelheiten, insbesondere Form und Gegenstand der Offenlegung der Interessenbindungen.		
Art. 19 Beratende Kommissionen und Sachverständige Die Primarschulpflege kann jederzeit für die Vorberatung und die Begutachtung einzelner Geschäfte Sachverständige beiziehen oder beratende Kommissionen in freier Wahl bilden.	Art. 16 Behördenkonferenz Bei Bedarf wird zur Behandlung von Fragen, die für mehrere Gemeindebehörden von grundsätzlicher Bedeutung sind, von der Primarschulpflege eine Behördenkonferenz einberufen.	
Art. 20 Aufgabenübertragung an einzelne Mitglieder oder an Ausschüsse 1 Die Primarschulpflege kann jederzeit beschliessen, dass bestimmte Geschäfte oder Geschäftsbereiche einzelnen Mitgliedern oder Ausschüssen von Mitgliedern zur selbständigen Erledigung übertragen werden und sie legt deren Finanzkompetenzen fest. 2 Die Überprüfung von Anordnungen und Erlassen von Mitgliedern oder Ausschüssen der Behörde kann innert 30 Tagen seit der Mitteilung oder Veröffentlichung schriftlich bei der Primarschulpflege verlangt werden, sofern nicht ein anderes	Art. 24 Aufgaben und Kompetenzen ¹ Die Primarschulpflege kann jederzeit beschliessen, welche Geschäfte oder Geschäftsbereiche durch die einzelnen Mitglieder oder durch Ausschüsse von Mitgliedern in eigener Verantwortung erledigt werden können, und sie legt deren Finanzkompetenzen fest. ² Die Überprüfung von Anordnungen dieser Organe kann innert 30 Tagen seit der Mitteilung schriftlich, mit Antrag und Begründung versehen, bei der Primarschulpflege verlangt werden, sofern nicht ein anderes Verfahren vorgeschrieben ist.	

Vorschlag Neue Gemeindeordnung ab 1.1.2018	Aktuelle Gemeindeordnung (27. September 2009)	Bemerkungen
kantonales Verfahren vorgeschrieben ist.		
Art. 21 Zusammensetzung ¹ Die Primarschulpflege besteht mit Einschluss	Art. 17 Zusammensetzung und Beschlussfä- higkeit	
der Schulpräsidentin bzw. des Schulpräsidenten aus fünf Mitgliedern.	Die Primarschulpflege besteht mit Einschluss des Präsidenten aus sieben Mitgliedern.	
² Die Primarschulpflege konstituiert sich im Übri-	Art. 23 Aufgabenzuteilung	
gen selbst.	¹ Zu Beginn jeder Amtsperiode teilt die Primar- schulpflege die Aufgaben in die zweckmässige Zahl von Ressorts ein und bezeichnet die dafür verantwortlichen Behördenmitglieder. Die Mitglie- der sind zur Übernahme der zugeteilten Ressorts verpflichtet.	
	² Im Falle der Ersatzwahl eines Mitgliedes beschliesst die Primarschulpflege, ob das neu eintretende Mitglied die Geschäfte des Amtsvorgängers übernehmen oder ob eine Neuverteilung der Aufgaben erfolgen soll.	
Art. 22. Aufgabenübertragung an Gemeinde- angestellte		
Die Primarschulpflege kann Gemeindeangestellten bestimmte Aufgaben zur selbständigen Erledigung übertragen. Ein Erlass regelt die Aufgaben und Entscheidungsbefugnisse im Rahmen des Volksschulrechts.		

Art. 23 Wahl- und Anstellungsbefugnisse

- ¹ Die Primarschulpflege ernennt oder wählt in freier Wahl die Vertretungen der Primarschulgemeinde in Organisationen des öffentlichen oder privaten Rechts, soweit das Organisationsrecht dieser Organisationen die Zuständigkeit nicht anders regelt.
- ² Sie ernennt oder stellt an:
- die Schulverwalterinnen bzw. die Schulverwalter
- 2. die Schulleiterinnen bzw. die Schulleiter,
- 3. die Lehrpersonen,
- 4. die Schulärztin bzw. den Schularzt,
- 5. die Schulzahnärztin bzw. den Schulzahnarzt.
- 6. die weiteren Angestellten im Schulbereich.

Art. 18 Wahlbefugnisse

Die Primarschulpflege bestimmt aus ihrer Mitte

- den Vizepräsidenten;
- 2. den Finanzvorstand;
- 3. die Vorsteher der übrigen Ressorts;
- 4. die Vorsitzenden und die Mitglieder der nach Bedarf zu bestellenden Ausschüsse der Primarschulpflege.

Die Primarschulpflege bestimmt oder wählt in freier Wahl

- 1. den Aktuar;
- 2. die Vorsitzenden und die Mitglieder der beratenden Kommissionen der Primarschulpflege;
- die Delegierten der Gemeinde in Zweckverbänden, Kommissionen und privaten Institutionen.

Art. 19 Anstellungsbefugnisse

Die Primarschulpflege stellt an oder bestimmt

- 1. die Schulleitung;
- die Lehrpersonen;
- 3. die Mitarbeiter der Schulverwaltung;
- 4. das Personal für den Hausdienst;
- 5. die Mitarbeiter der Gesundheitsdienste;
- 6. die Mitarbeiter der Tagesstrukturen;
- 7. die Spezialdienste und deren Mitarbeiter;
- 8. die weiteren Angestellten der Primarschulgemeinde.

Art. 24 Rechtsetzungsbefugnisse

Die Primarschulpflege ist zuständig für den Erlass und die Änderung von weniger wichtigen Rechtssätzen. Dazu gehören insbesondere Bestimmungen:

- 1. im Organisationsstatut bzw. Geschäftsordnung,
- 2. zu den Rahmenbedingungen für die Schulprogramme,
- über die Organisation der Primarschulpflege sowie ihr unterstellter Behörden und Personen im Rahmen eines Organisationserlasses.
- über die Organisation und Leitung der Verwaltung der Schulen,
- 5. über die Aufgabenübertragung an Gemeindeangestellte im Rahmen von 22 GO,
- 6. über Benützungsvorschriften und über Gebühren für Schulanlagen,
- 7. betreffend die Ordnung an den Schulen,
- 8. über Gegenstände, die nicht in die Kompetenz der Gemeindeversammlung fallen.

Art. 20 Rechtsetzungsbefugnisse

Die Primarschulpflege ist zuständig für den Erlass und die Änderung

- 1. des Organisationsstatuts;
- 2. der Rahmenbedingungen für die Schulprogramme;
- ihrer Geschäftsordnung sowie der Geschäftsordnungen für Ausschüsse und beratende Kommissionen;
- 4. von Reglementen, Pflichtenheften und Dienstanweisungen für die ihr unterstellten Organe und Angestellten;
- von Reglementen, Benützungsvorschriften und Gebührenordnungen für Schulanlagen;
- von allgemeinen Bestimmungen betreffend die Ordnung an der Schule;
- 7. von weiteren Verordnungen und Reglementen, die nicht in die Kompetenz der Primarschulgemeindeversammlung fallen.

Art. 25 Allgemeine Verwaltungsbefugnisse

Die Primarschulpflege ist zuständig für:

- 1. die Planung, Führung und Aufsicht,
- die Verantwortung für den Gemeindehaushalt und für die ihm durch die eidgenössische und kantonale Gesetzgebung oder die Behörden des Bundes, des Kantons und des Bezirks übertragenen Aufgaben,
- den Vollzug der Gemeindebeschlüsse und die Besorgung sämtlicher Gemeindeangelegenheiten, soweit nicht andere Organe, Behörden oder Personen dafür zuständig sind,
- den Abschluss und die Änderung von Anschluss- und Zusammenarbeitsverträgen gemäss ihrer Befugnis zur Bewilligung neuer Ausgaben, sofern die Primarschulgemeinde keine hoheitlichen Befugnisse abgibt,
- die Vertretung der Gesamtheit der Schulen nach aussen und die Bestimmung der rechtsverbindlichen Unterschriften.
- die Führung von Prozessen mit dem Recht auf Stellvertretung,
- die Leitung und Beaufsichtigung der Schulen der öffentlichen Volksschule, soweit nicht andere Organe dafür zuständig sind,
- 8. die Schaffung von Stellen, die für die Erfüllung bestehender Aufgaben notwendig sind, sowie die Schaffung neuer Stellen gemäss ihrer Befugnis zur Bewilligung neuer Ausgaben, soweit nicht der Kanton zuständig ist,
- 9. die Aufteilung der vom Kanton in Vollzeitein-

Art. 14 Amtliche Publikationsorgane

Die von der politischen Gemeinde bestimmten Publikationsorgane gelten auch für die Primarschulgemeinde.

Art. 21 Allgemeine Verwaltungsbefugnisse

Der Primarschulpflege stehen zu

- die Ausführung der ihr durch die eidgenössische und kantonale Gesetzgebung oder die Behörden des Bundes, des Kantons und des Bezirks übertragenen Aufgaben im Bereich von Schule und Bildung, soweit nicht andere Organe dafür zuständig sind;
- 2. der Vollzug der Gemeindebeschlüsse, soweit nicht andere Organe dafür zuständig sind;
- die Besorgung sämtlicher Angelegenheiten der Primarschulgemeinde, insbesondere des gesamten Haushalts der Primarschulgemeinde, soweit dafür nicht ein anderes Organ oder die Primarschulgemeindeversammlung zuständig ist oder die Beschlussfassung an der Urne erfolgt;
- die Vorberatung der Geschäfte der Primarschulgemeindeversammlung und der Urnenabstimmung sowie die Antragstellung hierzu;
- die Vertretung der Primarschulgemeinde nach aussen und die Bestimmung der rechtsverbindlichen Unterschriften;
- 6. die Führung von Prozessen mit dem Recht auf Stellvertretung;
- 7. die Leitung und Beaufsichtigung der Schulen

Vorschlag	
Neue Gemeindeordnung ab	1.1.2018

Aktuelle Gemeindeordnung (27. September 2009)

Bemerkungen

- heiten zugeordneten Stellen für Lehrpersonen und Schulleitungen der öffentlichen Volksschule in einem Stellenplan,
- 10. die Genehmigung und Veröffentlichung der Schulprogramme,
- 11. die Bestimmung des amtlichen Publikationsorgans,
- 12. die Vorberatung der Geschäfte der Gemeindeversammlung und der Urnenabstimmung und die Antragsstellung hiezu.

- der öffentlichen Volksschule, soweit nicht andere Organe dafür zuständig sind;
- 8. die Schaffung von Stellen für gemeindeeigene Lehrpersonen und der übrigen Stellen im Schulbereich, soweit nicht die Primarschulgemeindeversammlung zuständig ist;
- die Aufteilung der vom Kanton in Vollzeiteinheiten zugeordneten Stellen für Lehrpersonen und die Schulleitung der öffentlichen Volksschule in einem Stellenplan;
- 10. die Genehmigung und Veröffentlichung der Schulprogramme;
- die Genehmigung von Anschluss- und Zusammenarbeitsverträgen mit anderen Gemeinden über die gemeinsame Durchführung von Aufgaben und deren Änderungen, soweit nicht die Primarschulgemeindeversammlung zuständig ist;
- 11. die Aufnahme von auswärtigen Schülern und die Festsetzung des Schulgeldes.

Art. 26 Finanzbefugnisse

- ¹ Der Primarschulpflege stehen unübertragbar zu:
 - die Bewilligung von im Budget nicht enthaltenen neuen einmaligen Ausgaben bis Fr. 100'000.- für einen bestimmten Zweck, höchstens bis Fr. 200'000.- im Jahr, und von neuen wiederkehrenden Ausgaben bis Fr. 30'000.- für einen bestimmten Zweck, höchstens bis Fr. 100'000.- im Jahr,
 - 2. die Beschlussfassung über den Finanz- und Aufgabenplan.
 - Der Primarschulpflege stehen im Weiteren folgende Befugnisse zu, die in einem Erlass massvoll und stufengerecht übertragen werden können:
 - 1. der Ausgabenvollzug,
 - 2. die Bewilligung gebundener Ausgaben,
 - 3. die Bewilligung von im Budget enthaltenen neuen einmaligen Ausgaben bis Fr. 200'000.- für einen bestimmten Zweck und neuen wiederkehrenden Ausgaben bis Fr. 50'000.- für einen bestimmten Zweck,
 - 4. die Investition in Liegenschaften des Finanzvermögens im Betrag bis Fr. 600'000.-,
 - 5. die Veräusserung von Liegenschaften des Finanzvermögens im Wert bis Fr. 600'000.-,
 - 6. der Erwerb von Liegenschaften ins Finanzvermögen im Wert bis Fr. 1'000'000.-,
 - 7. die Beschlussfassung über Anlagegeschäf-

Art. 22 Finanzielle Befugnisse

Die Primarschulpflege ist zuständig für

- 1. den Ausgabenvollzug;
- 2. gebundene Ausgaben;
- die Beschlüsse über im Voranschlag enthaltene neue einmalige Ausgaben bis Fr. 100'000 für einen bestimmten Zweck und neue jährlich wiederkehrende Ausgaben bis Fr. 50'000 für einen bestimmten Zweck;
- die Beschlüsse über im Voranschlag nicht enthaltene neue einmalige Ausgaben bis Fr. 50'000 für einen bestimmten Zweck, höchstens Fr. 150'000 pro Jahr, und neue jährlich wiederkehrende Ausgaben bis Fr. 20'000 für einen bestimmten Zweck, höchstens bis Fr. 75'000 pro Jahr;
- die Bewilligung von Zusatzkrediten für die Erhöhung von einmaligen Ausgaben bis Fr. 50'000 für einen bestimmten Zweck, und von jährlich wiederkehrenden Ausgaben bis Fr. 20'000 für einen bestimmten Zweck, insgesamt höchstens Fr. 150'000 im Jahr;
- Verfügungen über Grundeigentum und beschränkte dingliche Rechte an Grundstücken im Bereich des Finanzvermögens, im Wert bis Fr. 200'000 im Einzelfall;
- 7. die finanziellen Beteiligungen an nicht börsenkotierten Unternehmen und die Gewährung von Darlehen, die der Erfüllung öffentlicher Aufgaben dienen, im Betrag bis Fr. 20'000 im Einzelfall, höchstens bis Fr. 50'000

Vorschlag Neue Gemeindeordnung ab 1.1.2018	Aktuelle Gemeindeordnung (27. September 2009)	Bemerkungen
te, soweit nicht die Gemeindeversammlung zuständig ist.	 im Jahr; 8. langfristige Verbindlichkeiten gegenüber Dritten im Betrag bis Fr. 50'000. 9. die Eingehung von Eventualverpflichtungen im Betrag bis Fr. 50'000. 	
Art. 27 Mitberatung an den Sitzungen der Pri- marschulpflege	Art. 25 Mitberatung an den Sitzungen der Pri- marschulpflege	
 An den Sitzungen der Primarschulpflege nehmen eine Schulleiterin bzw. ein Schulleiter pro Schule sowie eine Vertretung der Lehrerschaft von einer Lehrperson mit beratender Stimme teil. ² Eine Schulverwalterin resp. ein Schulverwalter hat als Schreiberin bzw. Schreiber der Primarschulpflege an den Sitzungen der Primarschulpflege beratende Stimme. 	 An den Sitzungen der Primarschulpflege nehmen die Schulleitung sowie eine von der Lehrerschaft bestimmte Lehrperson jeder Schulstufe als Vertretung der Schulkonferenz mit beratender Stimme teil. Der Schulsekretär hat als Schreiber der Primarschulpflege an den Sitzungen der Primarschulpflege beratende Stimme. Bei Bedarf können weitere Personen zur Beratung beigezogen werden. 	
	Art. 26 Präsidium Der Präsident übt die allgemeine Aufsicht über den Geschäftsgang aus. Art. 27 Finanzvorstand Der Finanzvorstand leitet die gesamte ökonomische Verwaltung der Primarschulgemeinde. Er ist verantwortlich für die finanziellen Belange der Primarschulgemeinde.	

Art. 28 Schulleitung

- ¹ Die Schulleitung ist zuständig für die administrative, personelle und finanzielle Führung und zusammen mit der Schulkonferenz für die pädagogische Führung und Entwicklung der Schule.
- ² Die Aufgaben und Kompetenzen der Schulleitung richten sich nach der Schulgesetzgebung und dem Organisationsstatut bzw. der Geschäftsordnung.
- ³ Die Schule wird gegen aussen von der Schulleitung vertreten.
- ⁴ Die Schulleitung kann der Primarschulpflege Antrag stellen.
- ⁵ Die Überprüfung von Anordnungen der Schulleitung kann innert 10 Tagen seit der Mitteilung schriftlich bei der Primarschulpflege verlangt werden.

IV. Weitere Organe

1. Schulleitung

Die Primarschule Birmensdorf ist eine geleitete Schule. Die Schulpflege delegiert folgende ihr zustehenden Kompetenzen an die Schulleitung:

Art. 28 Zuständigkeit

- ¹ Die Schulleitung ist zuständig für die administrative, personelle und finanzielle Führung, und zusammen mit der Schulkonferenz für die pädagogische Führung und Entwicklung der Schule.
- ² Die Aufgaben und Kompetenzen der Schulleitung richten sich nach der Schulgesetzgebung und dem Organisationsstatut.
- ³ Die Schule wird nach aussen von der Schulleitung vertreten, soweit nicht die Primarschulpflege zuständig ist.
- ⁴ Die Schulleitung kann der Primarschulpflege Antrag stellen.
- ⁵ Die Überprüfung von Anordnungen der Schulleitung kann innert 10 Tagen seit der Mitteilung schriftlich bei der Schulpflege verlangt werden.

Art. 29 Schulkonferenz

- ¹ Die mit einem Mindestpensum gemäss kantonalem Recht an einer Schule unterrichtenden Lehrpersonen und die Schulleitung bilden die Schulkonferenz. Die Primarschulpflege regelt die Teilnahme und das Stimmrecht weiterer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den Sitzungen der Schulkonferenz.
- ² Die Schulkonferenz legt das Schulprogramm fest, beschliesst über die Massnahmen zu dessen Umsetzung sowie über konkrete Aktivitäten und Projekte in einer Jahresplanung.
- ³ Sie kann der Primarschulpflege Antrag stellen.

2. Schulkonferenz

Art. 29 Zusammensetzung

- ¹ Die mit einem Mindestpensum gemäss kantonalem Recht an einer Schule unterrichtenden Lehrpersonen und die Schulleitung bilden die Schulkonferenz.
- ² Die Schulleitung regelt die Teilnahme und das Stimmrecht weiterer Mitarbeiter an den Sitzungen der Schulkonferenz.

Art. 30 Befugnisse

- ¹ Die Schulkonferenz legt das Schulprogramm fest, beschliesst über die Massnahmen zu dessen Umsetzung sowie über konkrete Aktivitäten und Projekte in einer Jahresplanung.
- ² Sie kann der Primarschulpflege Antrag stellen.

Vorschlag Neue Gemeindeordnung ab 1.1.2018 Aktuelle Gemeindeordnung (27. September 2009) Bemerkungen
--

IV. Rechnungsprüfungskommission (RPK) und Prüfstelle	3. Rechnungsprüfungskommission	
Art. 30 Zuständigkeit	Art. 31 Zuständigkeit	
Als Rechnungsprüfungskommission amtet diejenige der politischen Gemeinde Birmensdorf.	Als Rechnungsprüfungskommission der Primar- schulgemeinde amtet diejenige der politischen Gemeinde.	
Art. 31 Aufgaben (RPK)		
¹ Die Rechnungsprüfungskommission prüft den Finanzhaushalt und das Rechnungswesen nach finanzpolitischen Gesichtspunkten, insbesondere Budget, Jahresrechnung, Verpflichtungskredite und weitere Geschäfte von finanzieller Tragweite, über welche die Stimmberechtigten entscheiden.		
² Ihre Prüfung umfasst die finanzrechtliche Zulässigkeit, die rechnerische Richtigkeit und die finanzielle Angemessenheit.		
³ Sie erstattet den Stimmberechtigten schriftlich Bericht und stellt Antrag.		
Art. 32 Herausgabe von Unterlagen		
¹ Mit den Anträgen sind der Rechnungsprüfungs- kommission die zugehörigen Akten vorzulegen.		
² Im Falle von ablehnenden Stellungnahmen oder Änderungsanträgen der Rechnungsprüfungskommission müssen die Referentinnen und Referenten der antragstellenden Behörden angehört werden.		
³ Im Übrigen richtet sich die Herausgabe von Unterlagen und Auskünften nach dem Gemeinde- gesetz.		

Vorschlag Neue Gemeindeordnung ab 1.1.2018	Aktuelle Gemeindeordnung (27. September 2009)	Bemerkungen
Art. 33 Prüfungsfristen		
Die Rechnungsprüfungskommission prüft Budget und Jahresrechnung sowie die übrigen Geschäfte in der Regel innert 30 Tagen.		
Art. 34 Finanztechnische Prüfstelle		
¹ Die Prüfstelle nimmt die finanztechnische Prüfung der Rechnungslegung und der Buchführung vor.		
² Sie erstattet der Primarschulpflege, der Rechnungsprüfungskommission und dem Bezirksrat umfassend Bericht über die finanztechnische Prüfung.		
³ Sie erstellt zudem einen Kurzbericht, der Bestandteil der Jahresrechnung ist.		
⁴ Die Primarschulpflege und die Rechnungsprüfungskommission bestimmen mit übereinstimmenden Beschlüssen die Prüfstelle.		
⁴ Variante: Die Rechnungsprüfungskommission [Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission] bestimmt die Prüfstelle.		

Vorschlag Neue Gemeindeordnung ab 1.1.2018	Aktuelle Gemeindeordnung (27. September 2009)	Bemerkungen
---	---	-------------

V. Übergangs- und Schlussbestimmungen	V. Schlussbestimmungen	
1. Totalrevision	Art. 32 Inkrafttreten	
Art. 35 Inkrafttreten	Diese Gemeindeordnung tritt nach ihrer Annahme	
Diese Gemeindeordnung tritt nach ihrer Annahme durch die Stimmberechtigten an der Urnenab- stimmung und nach der Genehmigung durch den Regierungsrat am 1. Januar 2018 in Kraft.	durch die Stimmberechtigten in der Urnenabstimmung und per Datum der Genehmigung durch den Regierungsrat in Kraft.	
Art. 36 Aufhebung früherer Erlasse	Art. 33	
Auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Ge-	Aufhebung früherer Erlasse	
meindeordnung wird die Gemeindeordnung vom 27. September 2009 mit den seitherigen Änderungen aufgehoben.	¹ Auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Gemeindeordnung wird die Gemeindeordnung vom 10. Juni 2001 mit allen seitherigen Änderungen aufgehoben.	
Art. 37 Übergangsregelung		
¹ Bis zum Ende der Amtsdauer 2014/18 besteht		
die Schulpflege mit Einschluss der Schulpräsidentin bzw. des Schulpräsidenten aus 7 Mitgliedern.		
² Die Erneuerungswahlen für die Amtsdauer 2018-2022 werden nach den Bestimmungen der vorliegenden Gemeindeordnung durchgeführt		
Genehmigung des Regierungsrats	² Die vorliegende Gemeindeordnung der Primar-	
Die vorliegende Gemeindeordnung der Primarschulgemeinde Birmensdorf wurde an der Urnenabstimmung vom (Datum) angenommen.	schulgemeinde Birmensdorf wird mittels Urnenabstimmung vom 27. September 2009 angenommen.	

Anhang

Übersicht Ausgabenkompetenzen

		Primarschul- behörde	Gemeinde- versammlung	Urnenabstimmung
Die Bewilligung von <u>im Budget nicht enthaltenen</u> neuen Ausgaben für einen bestimmten Zweck	einmalig	Bis 100'000	Bis 1'000'000	Über 1'000'000
	höchstens pro Jahr	Bis 200'000		
	wiederkehrend	Bis 30'000	Bis 500'000	Über 500'000
	höchstens pro Jahr	Bis 100'000		
Die Bewilligung von im Budget enthaltenen neuen Ausgaben	einmalig	Bis 200'000	Bis 1'000'000	Über 1'000'000
für einen bestimmten Zweck	wiederkehrend	Bis 50'000	Bis 500'000	Über 500'000
Veräusserung von Grundstücken und Liegenschaften des Finanzvermögens		Bis 600'000	Über 600'000	
Investition in Liegenschaften des Finanzvermögens		Bis 600'000	Über 600'000	
Erwerb von Grundstücken und Liegenschaften des Finanzvermögens		Bis 1'000'000	Über 1'000'000	